

kompensieren. Die beginnende Rationalisierungsperiode bedingt eine qualitative Umstrukturierung der sie konstituierenden Ausbildungs- und Wissenschaftspolitik. Die Notwendigkeit, progressiv wachsende Teile des zentralen Staatshaushalts zugunsten der inzwischen restaurierten großen Exportunternehmen anzulegen und diesen so rasch wie möglich eine kostenlose Bildungs- und Wissenschaftsstruktur zu verschaffen, wurde durch die gleich 1955 beschlossene Remilitarisierung entsprechend modifiziert. Nach längerem Tauziehen wurden die Interessen der Remilitarisierungsfronde mit dem Wissenschafts- und Bildungsinteressen der grossen Unternehmensgruppen in Übereinstimmung gebracht. Der Kompromiß des militärisch-industriellen Interessenkomplexes hatte wissenschaftspolitisch weitreichende Folgen. Um sowohl militärischen wie großindustriellen Verwertungsbedürfnissen zu genügen, wurden nach USA-Vorbild große Forschungszentren für Atomphysik, Weltraumforschung und klassische Kriegsforschung eingerichtet, um nach einer kurzfristigen Initialphase wieder direkte Beziehungen zur Konzernforschung auf der einen und zur Hochschulforschung auf der anderen Seite herzustellen. Im Verlauf der Jahre 1955 bis 1965 wurde die Hochschulforschung den neuen ausseruniversitären Forschungszentren mehr und mehr angegliedert; soweit sie nicht zum unwichtigen Bestandteil der neuen "Projektforschung" degradierte, erhielt sie Nebenaufgaben, um die isolierten Vorhaben der neuen "Fixsterne" der Forschungspolitik zu kiffen. Hierfür wurden seit 1965 sogenannte "Sonderforschungsbereiche" propagiert; sie sind erst 1968 - und auch da nur mit einem geringfügigem Investitionsaufwand - einigermaßen in Gang gekommen. Alles in allem spielen sich die relevanten bundesrepublikanischen Forschungsprojekte in den Großforschungszentren ab; die dort mit riesigen Investitionsaufwand betriebenen Projekte werden, sobald sie realisationsreif sind, von der Konzernforschung, die mehr "Entwicklung" als "Forschung" ist, übernommen.

Mit der Verlagerung der Forschung aus den Universitäten korrespondiert ein Prozeß der für die kurzfristige Perspektive der sozialistischen Opposition an die Universitätsausbildung unter das kapitalistische Prinzip der Minimierung der Produktionskosten.

Nachdem sie ihr Ziel, neue, großindustriell organisierte Forschungszentren ausserhalb der Universitäten aufzubauen, durchgesetzt hatten, forderten die Großunternehmen der chemischen, elektrotechnischen und Montanindustrie, auch den Ausbildungsprozeß der wissenschaftlich qualifizierten Arbeitskräfte den Bedingungen einer zunehmend wissenschaftlich rationalisierten Produktion schrittweise anzupassen. Da sie selbst nur die monopolistisch zentralisierte Spitze des bundesrepublikanischen Kapitalismus darstellten, konnte ihnen dabei nur eine selektiv orientierte Reorganisation der Ausbildungsinhalte und der Ausbildungsdauer angelegen sein. Das obsolet gewordene Qualifikationssystem für wissenschaftliche und sozialtechnische Arbeitskräfte wurde programmatisch parzelliert, mit dem Ziel, ohne relevante Kostensteigerung die Durchlaufquote bei gleichzeitig verbesserter fachspezifischer Vorprogrammierung zu erhöhen. Der Modus der Parzellierung wurde dabei der Beschäftigtenstruktur der großen Unternehmen angepaßt: einem breiten, im College- oder Fachschulsystem zu trennenden "mittleren Management" soll eine kleine wissenschaftliche-kritische nicht zu reflektierenden Fach-"Ausbildung" von der Rezeption und Einübung kritisch-wissenschaftlichen Denkens wird überdies dem Bildungsprozeß durch Wissenschaft sein Bezug zur gesellschaftlichen Realität genommen. Dieser Ansatz, seit drei bis vier Jahren vom Wissenschaftsrat und dem großindustriellen Gesprächskreis "Wissenschaft und Wirtschaft" offen propagiert, braucht in diesem Kreis nicht näher belegt zu werden.

Der hochschulpolitische Interessenkonflikt der herrschenden Klasse, der mit der Skizzierung ihrer beiden Hauptfraktionen nur sehr grob umrissen ist, ist gegenwärtig alles andere als beigelegt, im Gegenteil: er dürfte gerade unter der neuen Bundesregierung nach an Intensität gewinnen. Im Detail sind

die Positionen der einander befehdeten Lager oft nur sehr schwer auszumachen. Es ist anzunehmen, daß die großkapitalistische Fraktion, die am stärksten auf die Beschleunigung des qualitativ neuen Kapitalisierungsprozesses von Wissenschaft und Bildung angewiesen ist, weiter an Boden gewinnen. Ob ihr das viel nützt, ist eine andere Frage. Die Fraktion mittlere Industrie-Ordinarien-"Standes"-Verbände ist zwar eindeutig in die Defensive geraten; aber gerade aus der Defensive heraus hat sie beachtliche Fähigkeiten entwickelt, jeglich, auch nur mittelfristige Plonifikation der Verwertungsbeziehungen zwischen Wissenschaft und Kapital zu verhindern. Sollte die sozialistische Opposition nicht über die Universitäten hinaus gelangen, könnte sie zwischen den einander befehdeten Lagern des Machtkartells ein status quo auf dem Rücken der direkt Betroffenen, der Studenten, ergeben: die großkapitalistisch-zentralstaatliche Herrschaftsfraktion schafft sich auf allen Ebenen einen kleinen "elitären" Ausbildungssektor und baut gleichzeitig die Zentren der Großforschung weiter aus. Ihr Kontrahent gäbe sich damit zufrieden, fungibler Produzent eines bewußtlosen sozialtechnischen und betrieblichen mittleren Managements zu sein.

Auch für den Fall, daß es nicht zu dieser radikalsten Form

der Unterdrückung an den Universitäten kommen sollte, dürfen wir uns über die Folgen einer technokratischen, d. h. aus der wissenschaftlichen Absicherung der Verwertungs-zwänge des Kapitals beteiligten Hochschulreorganisation keine Illusionen machen. Setzt sich die zentrale großkapitalistische Herrschaftsgruppe in einer nicht allzu langfristigen Zeitspanne durch und gelingt es ihr, durch die Einverleibung von Wissenschaft und Bildung sich den gegenwärtigen wichtigsten inneren Wachstumsfaktor dienstbar zu machen, wird sie schlagartig an innerer wie äußerer Flexibilität gewinnen. Sie wird sich in vielleicht "multinationalen" Konzerngiganten fusionieren und Gesellschaft und Staat vollends unter ihre Kontrolle bringen. Sie wird fähig sein, in ihren exklusiven Leitungszentren die Kluft zwischen eindeutiger Kriegs- und Vernichtungsforschung und scheinbar gewaltfreier Sozialtechniken zu verwischen und unter den Vorzeichen einer sogenannten Friedensforschung umso hemmungsloser zu expandieren. Sie wird in ihrer Außenpolitik zu einer "europäischen", wissenschaftlich-wirtschaftlich fundierten "Friedensordnung" übergehen - nur, um Kraft ihrer technologischen Überlegenheit die Länder der Dritten Welt umso rationeller auszubeuten. Sie wird, indem sie die lohnabhängigen Massen auf der Basis neuer leistungsorientierter Qualifikationsmodelle aufsplittert, diese für die Dynamik eine umso expansiveren Kapitalismus programmieren und die dann immer noch vorhandenen Klassenkonflikte mit verwissenschaftlichten Unterdrückungstechniken auf harmlose Spielwiesen projizieren. Dann werden die Erfahrungs- und sozialtechnischen Wissenschaften qualitativ neuartige Bestandteile der fortdauernden Herrschaft der vergegenständlichten über die lebendige Arbeit sein. Was die Expansion nach außen betrifft, ist die Wissenschaft ohnedies schon dabei, zum wichtigsten Substitutionsfaktor des fortbestehenden ökonomischen Imperialismus zu werden. Die sozialistische Opposition hat aber Grund, auch eine solche technokratische Perspektive in ihre Konzeptionsdebatten aufzunehmen, wenn sie auch gegenwärtig weniger wahrscheinlich ist als die oben beschriebene Tendenz zur brutalen Kompression.

ABSCHNITT 3: ERKLÄRUNG DES ASTA ZUR HOCHSCHUL- POLITIK IN DIESEM SEMESTER

Vorbemerkung: Der folgende Beitrag ist an ein Publikum adressiert gewesen, daß sich aus Parlamentariern, Mitgliedern von Projektgruppen und Studienkollektiven und sonstigen Interessenten zusammensetzte. Er will einige neuere Entwicklungen der studentischen Hochschulpolitik veröffentlichen und die Arbeit der Projektgruppen und der Studienkollektive durch die Angabe einiger organisatorischer Schwerpunkte zusammenfassen und vereinheitlichen. Die analytische Arbeit

der Projektgruppen untereinander sind noch nicht weit genug gediehen, um den begründeten Entwurf einer strategischen Perspektive zu ermöglichen, die der antikapitalistischen Arbeit im Ausbildungssektor im Hinblick auf den zu organisierenden Klassenkampf im Produktionsbereich ihren Stellenwert anwies

Die Studentenbewegung muß ihre Hochschulpolitik an den längerfristig dominierenden Widersprüchen im Ausbildungsbereich wie im Produktionsbereich orientieren und überprüfen. Dagegen finden sich in vielen Fachschaften und "Basisgruppen" noch immer Relikte eines antiautoritären Bewußtseins und einer antiautoritären Strategie, die den Widersprüchen einer inzwischen überwundenen Etappe entsprechen. Unsere antiautoritäre Agitation und unsere antiautoritären Aktionen, die unsere Hochschulpolitik bis zur Verabschiedung des Hochschulgesetzes beherrschten, waren in ihrer Wirkung ambivalent. Sie mobilisierten zwar einerseits eine politisch apathische Studentenschaft und legten damit die Grundlage für unsere weitere Hochschulpolitik; andererseits mobilisierten sie auch den schwerfälligen universitären Apparat und arbeitete damit der Staatsbürokratie und den modernen Kapitalfraktionen in die Hände. Um die Universität leistungsmäßig an den bundesrepublikanischen Produktionsapparat nach den Interessen dieser "modernen" Kapitalfraktionen anzupassen, mußten die Kultusbehörden und amtlichen Bildungsplaner die Beharrungstendenzen des sozialen Systems "Universität" überwinden: sie mußten den Absolutismus der Ordinarien brechen; sie mußten ein anachronistisch gewordenes Selbstverwaltungssystem beseitigen; sie mußten die veraltete humboldtianische Bildungsideologie aus den akademischen Köpfen vertreiben; sie mußten die luxurierenden Wissenschaften wie der Germanistik u. a. auf neue kapitalistisch verwertbare Forschungsgegenstände und -methoden trimmen; sie mußten ineffizient gewordene didaktische Verfahren wie Vorlesungen und autoritär geführte Seminare durch effizientere ersetzen (Gruppenarbeit usw.)

Die Studentenbewegung hat dieses träge System von Ideologien, Institutionen, Professoren und Lehrtraditionen, die sich der Neuprogrammierung widersetzen, in Bewegung gebracht und zwar viel schneller und effektiver, als es der Behördenapparat je hätte tun können, ohne einen ernsthaften Konflikt mit dem Lehrkörper zu riskieren. Man sehe sich nur um, was 2 Jahre Studentenbewegung in Hamburg und davon nur 1 Jahr konzentrierte hochschulpolitische Praxis auch bewirkt haben: die fast widerstandslose Adaptation der reaktionären Ordinarien an das neue Hochschulgesetz; das Humboldtianertum verkriecht sich; Vorlesungen werden von Professoren in Kolloquien aufgelöst; die kollektive Arbeit dominiert sogar in den Seminaren der individualistischen Geisteswissenschaften; die Lehrprogramme verändern sich rapide: Beispiel: Vor einem Jahr noch stieß ein Germanistenpapier auf eine Wand von Unverständnis und Empörung, das forderte:

"Gegenstand der Germanistik muß die gesamte deutsche Sprachproduktion sein. Die Entlarvung der Manipulationstechniken in der Sprache der öffentlichen Medien, die soziolinguistische Untersuchung der Umgangssprache, die Analyse der Sprache von Politik, Verwaltung und Justiz gehören eben so zu ihrem Forschungs- und Lehrbereich wie Literaturkritik und Literatursoziologie."

Heute gehören die soziolinguistische Analyse des Sprachunterrichts in den Schulen, die Analyse von Schulgrammatiken und von Manipulationsstrategien der Parteien im Wahlkampf zum ordentlichen Lehrprogramm der Germanistik. Von dieser objektiven Vorreiter-Funktion haben natürlich unsere theorieleeren Routiniers der "Demokratischen Alternative" nie etwas begriffen: Sie haben die Studentenbewegung der Komplizenschaft mit den reaktionären Ordinarien zu einer Zeit bezichtigt, als wir mit unseren Aktionen objektiv den Behörden halfen, das anachronistische System der Ordinarien-Universität beiseite zu schaffen.

Heißt dies nun, daß deshalb unsere antiautoritäre Politik vor der Verabschiedung des Hochschulgesetzes falsch war? Keineswegs: Eine sozialistische Politik, die an einem Gebiet

der kapitalistischen Gesellschaft ansetzt, das sich in einer Strukturkrise befindet, kann gar nicht umhin, eine Zeitlang als objektiver Verbündeter der modernen, technokratisch orientierten, längerfristig planenden Kapitalisten-Fraktion gegen die reaktionäre, traditionsverhaftete, an vergangenen Verwertungsstrukturen klebende Fraktion zu erscheinen. Es kommt nur darauf an, den Kampf gegen die "moderne" Kapitalisten-Fraktion dann mit aller Deutlichkeit aufzunehmen, wenn sie ihre reaktionären Widersacher besiegt hat. Dies ist an der Universität jetzt der Fall: die Ordinarieng-Universität ist tot, und das an der Erhaltung des Direktional-Prinzips interessierte mittlere, lokale Kapital, da K.H. Roth charakterisiert hat, ist - wenigstens auf bundesrepublikanischer Ebene - unterlegen.

Nachdem schon das Sommersemester eine Übergangsphase war mit allen Unsicherheiten und Inkonsequenzen der Übergangsphase, müssen wir uns jetzt klarwerden über die neue Etappe unserer Hochschulpolitik und die Zielvorstellung, mit denen wir in sie eintreten. Wir werden unsere Hochschulpolitik eben nicht mehr an der Auseinandersetzung zwischen der etatistischen und der Ordinarien-Universität orientieren können, die zu einem Nebenwiderspruch geworden ist, einem Konflikt, der im neuen etatistischen Institutionengefüge der Universität ausgetragen wird. Wir werden unsere Hochschulpolitik jetzt direkter auf den Hauptwiderspruch ausrichten müssen, der die Ursache der Krise im Bildungssektor ist. Nämlich an dem Widerspruch, daß auf der einen Seite die langfristigen Interessen des Kapitals eine langfristige und gründlich geplante Strukturreform des Ausbildungswesens erforderte; daß andererseits eine solche Strukturreform eine beträchtliche Umverteilung des Nationaleinkommens erforderte, die den kurzfristigen Interessen widerspricht, die heute über die Verteilung der Budgets entscheiden. Die nötigen Planungsfristen einer auch nur im Sinne des Kapitals rationalen Bildungsplanung liegen 5 bis 15 Jahre über den Planungsfristen in der Produktionsphase: nämlich so lange, wie die Ausbildungszeit für neue Arbeitsprozesse und eine entsprechende Umstellung der Lehrerausbildung dauert. Die Anarchie des kapitalistischen Produktionsprozesses potentielliert sich so im Ausbildungsbereich.

Die Hochschulgesetze, die jetzt bundesweit verabschiedet werden oder worden sind, beheben natürlich die tiefgreifende Krise im Ausbildungswesen der BRD keineswegs, sie liefern nur eine administrative Oberflächenbehandlung. Die Krise wird sich vielmehr aufgrund der gerade in den 70-iger Jahren enorm ansteigenden Abiturientenzahlen weiter verschärfen. Im Sekundarschulwesen scheinen tiefgreifende Strukturreformen, die einen erheblichen Teil des Abiturientenstroms auf einen Beruf unmittelbar nach dem Abitur orientieren könnte (Gesamtschule), nicht bezustehen. Und zwar auch dies wieder, weil solche Strukturreform Investitionen in Milliardenhöhe nach den Berechnungen des Bildungsrates erfordern würden, die nur bei einer entscheidenden Schwerpunktverlagerung etwa von dem Rüstungs-etat auf den Bildungsetat in den öffentlichen Haushalten möglich wäre. Im Augenblick beschränken sich die Kultusverwaltungen offenbar darauf, mit rein administrativen Maßnahmen (Studienzeitverkürzung, numerus clausus) des Schüler- und Studentenberges Herr zu werden. Dieser soll mit höherer Durchlaufgeschwindigkeit und gleichmäßiger durch die vorhandenen Kapazitäten abgertagt werden. Es ist klar, daß man dieser "Bildungspolitik", die nicht einmal mehr an den langfristigen Interessen des Kapitalismus sich orientiert, sondern im Ausbildungssektor die Methoden der Agrarpolitik praktiziert - Notschlachtung der Kühe, wenn der Butterberg wächst - daß man diese "Bildungspolitik" der administrativen Verteilung der Auszubildenden auf die schon vorhandenen Kapazitäten nur mit einer Politik bekämpfen kann, die den ganzen Ausbildungsbereich umfaßt.

Der ASTA hat bald nach seiner Einsetzung vor einem guten halben Jahr die Ausweitung der Mobilisierung im Ausbildungssektor und die Koordination der Aktivitäten in den verschiedenen Bildungsinstitutionen als ein Leitziel seiner Politik proklamiert. Im Sommersemester ist es dann recht naturwüchsig und unsystematisch zu verschiedenen Kontakten mit den Ingenieurschulen,

den Seefahrtsschulen, der Hochschule für Bildende Künste und den Gymnasialschulen gekommen. Die Streiks der Seefahrtsschüler, der Ingenieurstudenten und der Oberschüler haben deutlich demonstriert, daß die Politisierung über die Universität hinaus den ganzen Ausbildungssektor ergriffen hat. Inzwischen haben sich die politisierten Gruppen dieser Bereiche autonom organisiert. Es ist unbedingt nötig, eine systematischere Koordination dieser Gruppen in der nächsten Zukunft zu erreichen. Und zwar nicht primär über den ASTA, der als Koordinations- und Informationszentrum der Projektgruppen und Studienkollektive, als Organisator gesamtuniversitärer Kampagnen schon total überlastet ist, sondern über einzelne Projektgruppen. Die vier arbeitenden Gruppen des Projektbereichs Schule müssen noch in diesem Semester eine Koordinierung der Schüler, Referendare und Studenten der Gymnasialfächer und des P I i. Angriff nehmen. Eine Projektgruppe Technologie muß dringend gegründet werden, um die noch spärlichen Aktivitäten in der Biologie, Chemie, Physik zu systematisieren und mit den arbeitenden Gruppen der Ingenieure- und Seefahrtsschulen zu koordinieren und ein gemeinsames Schulungskursen zusammenzufassen. Das Ziel dieser zunächst partiellen Koordinierung ist der Aufbau einer verbindlicheren antikapitalistischen Organisation im Ausbildungssektor, die für sozialistische Organisationen der Produktionssphäre bündnisfähig wird.

Die antikapitalistische Richtung unserer Politik und die Notwendigkeit der Koordination resultieren aus den hochschul- und allgemeinpolitischen Erfahrungen der Studenten. Die brutale Repression durch Justiz und Polizei hat Lehrlinge, Schüler und Studenten gleichermaßen betroffen; an allen Bildungsinstitutionen sollen gleichgeschaltete Ordnungsrechte den Betriebsfrieden garantieren; überall sind die Selbstverwaltungsorgane der Lernenden von staatlicher Liquidation oder kooperativer Integration bedroht. Genauso werden die administrativen Maßnahmen zur Behebung der Krise im Ausbildungssektor auf den Rücken aller Lernenden ausgetragen. Numerus clausus, Zwischenprüfung, Studienzzeitverkürzung bilden eine administrative Einheit - aber von numerus clausus werden vor allem die Schüler, die Abiturienten, von den beiden anderen Maßnahmen mehr die Studenten betroffen. Alle Gruppen im Ausbildungsbereich haben in jüngster Zeit die Erfahrung gemacht, wie ihre Lehr- und Studienziele von kurzsichtigen, partikularen Kapitalinteressen programmiert werden, sei es nun für die Schulen die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (z. B. Gemeinschaftskundeunterricht) oder für das Medizin-Studium der Ärzte-Verband oder für die Seefahrtsschulen der Reederverband. Kurzfristige Verwertungsinteressen bestimmen Studium und Lehre, das ganze Ausbildungssystem zum direkten Schaden der Gesamtgesellschaft. Und wo Neuordnungen notwendig werden, da geschieht das genauso abrupt, kurzfristig und planlos auf dem Rücken der Betroffenen wie in den Krisensektoren der Produktion. Man sieht: die gemeinsamen Erfahrungen der Lernenden im Ausbildungsbereich sind antikapitalistische Erfahrungen. Eine politische Koordination und Organisation der arbeitenden Gruppen in diesem Bereich muß antikapitalistischen Charakter haben, ist nur auf antikapitalistischer Grundlage möglich. Soll dieser Grundsatz Leitlinie unserer künftigen Politik sein, wird das auch Folgen für unsere Aufklärungs- und Mobilisierungskampagne innerhalb der Universität haben müssen. Wir werden - mit evtl. er Ausnahme einiger zurückgebliebener Institute - keine Kampagne mehr mit rein formaldemokratischen Zielsetzungen initiieren, wie es noch vor einem Jahr die Regel war. Die Zeit dieser Kampagnen ist vorbei. Nur die DA hat noch nichts gemerkt und preist das drittelparitätische Konzil. Wir werden uns aber auch davor hüten müssen, die Erhaltung von gewohntestudentischen Privilegien zu fordern, ohne die mit dieser Forderung verbundene antikapitalistische Strategie transparent zu machen. Sonst ist nicht einzusehen, warum wir einerseits die Verbindung der Studenten mit der Arbeiterklasse fordern, andererseits aber gerade Privilegien konservieren wollen, die unsere Arbeitssituationen mit der proletarischen unterscheiden. z. B. wäre es im Hinblick auf den Punkt her inkonsequent den numerus clausus als verfassungsmäßig verbrieftes Recht auf freie Bildung zu bekämpfen.

Denn dieses Recht ist für die große Masse der Bevölkerung aufgrund unseres ständischen Bildungssystems von vornherein nicht gegeben. Und um dieses bürgerliche Recht zu einem allgemeinen Recht zu machen, muß man nicht den numerus clausus, sondern den Kapitalismus bekämpfen. Das Recht auf freie Berufswahl ist in einer bürgerlichen Gesellschaft durch und durch illusorisch und reine Ideologie. Der Wissenschaftsrat verbreitet diese Ideologie im Interesse der berufsständischen Verbände, wenn er verkündet, der numerus clausus sei als Mittel der Berufslenkung allerdings verfassungswidrig, aber als Mittel, die Funktionstüchtigkeit unserer Universitäten zu erhalten, erlaubt; denn natürlich weiß er, daß man durch die Einrichtung oder Beschränkung von Ausbildungskapazitäten Berufslenkung betreiben kann und daß die berufsständischen Verbände in Kollaboration mit den Universitätsbürokratien genau das durch Manipulation der Bedarfszahlen für akademische Berufe praktizieren.

Wir werden also in unserer Aufklärungskampagne den numerus clausus fallweise erklären müssen:

- o als Mittel der indirekten Berufslenkung nach partikularen, berufsständischen Kapitalinteressen,
- o als taktisch geplante Vorbereitung der Öffentlichkeit, auf drastische Studienzzeitverkürzungen und andere Maßnahmen zur Senkung der Ausbildungskosten in den Massenfächern, wo ein entsprechender industrieller oder pädagogischer Bedarf besteht,
- o oder als simple Notbremse lokal bornierter und konfuser Planungsstäbe, die sich von manipulierten Zahlen haben täuschen lassen, oder mit der anarchistischen Konkurrenz der verschiedenen Kapitalfraktionen nicht fertig geworden sind.

Wir werden diese Studienbeschränkungen konfrontieren mit dem realen gesellschaftlichen Bedarf an hochqualifizierter Arbeitskraft und mit der Forderung, die wissenschaftlichen Ressourcen voll für die gesellschaftliche Entwicklung auszuschöpfen. Wir werden die Einflußmechanismen und die Herrschaftsverhältnisse in der BRD aufzeigen... Wir werden auf diese Weise den Kreis der Intelligenz erweitern, die eingesehen hat, daß die Wissenschaft nicht ein Macht- und Ausbeutungsinstrument in der Hand des Kapitals sein darf, daß die Verfügungsgewalt des Kapitals über die Wissenschaft einerseits die Entfaltung der wiss. Produktivkraft fesselt, andererseits der Masse der Bevölkerung und insbesondere der Arbeiterklassen entfremdet.

Im kapitalistischen Verwertungsprozeß vergegenständlicht sich die Arbeit der Wissenschaftler für den Arbeiter zum Machtfaktor des Kapitals, sei es als Maschine die mehr aus ihm herauspumpt, sei es als sozialtechnisches Wissen, das ihn zu solcher Mehrarbeit gefügiger macht. So muß die revolutionäre Intelligenz beides begreifen:

die notwendige Klassendifferenz von Intelligenz und Arbeiterklasse im kapitalistischen Gesellschaftssystem, zugleich die Notwendigkeit des Bündnisses der revolutionären Intelligenz mit der Arbeiterklasse.

Das Beispiel einer solchen numerus-clausus-Kampagne macht deutlich, daß eine bewußt antikapitalistische und mit den übrigen Bereichen des Ausbildungssektors koordinierte Hochschulpolitik in ungleich höherem Maß der konkreten Analyse bedarf, und die Befähigung politökonomischer Analyse gegebener Widersprüche des kapitalistischen Systems vorausgesetzt, als die autoritäre Politik des vergangenen Etappe.

In diesem Semester versucht die Studentenbewegung diese konkrete analytische Arbeit und die Qualifikation zu dieser Arbeit in einer Vielzahl von Projektgruppen, Studienkollektiven und Schulungskursen zu organisieren. Seit Beginn der Semesterferien hat der ASTA bewußt und planvoll einen Teil seiner Arbeitskraft auf die Projektgruppenorganisation konzentriert. Eine Anzahl kontinuierlich arbeitender Projektgruppen hat sich schon während der Ferien konsolidiert. Sie konzentrieren ihre Analysen auf die Programmierung und die Verwertung ihres Fachs, bzw. der fachspezifischen Berufe in der kapitalistischen Gesellschaft der BRD. Projektgruppen und Mediziner untersuchen die Beziehung zwischen der pharmazeutischen Industrie und der Medizin, die Militarisierung der medizini-

schen Forschung, die Kompressionen der medizinischen Ausbildung in der BRD, Projektgruppen der Germanisten untersuchen die bundesrepublikanischen Bildungsplanungen, die Sozialisationsfunktion der Schule, die Selektionsfunktion des Sprachunterrichts in unserem ständischen Schulsystem usw. Diese fachspezifischen konkreten Analysen werden ergänzt durch mehrere allgemeine Schulungskurse zur Kritik der politischen Ökonomie, die ebenfalls in den Semesterferien begonnen wurde.

Durch die Vorverlegung der Strategie-Debatte für dieses Semester in die Ferien konnte ferner ein koordiniertes Vorgehen der Basisgruppen in einer Anzahl von Institutionen erreicht werden. Das Ergebnis war die Bildung zahlreicher Studienkollektive zumal in den Kursen für Studienanfänger. Ziel dieser Studienkollektive ist nicht alleine die Einübung in die Arbeitsorganisation der freien Gruppe, sondern zugleich die Politisierung der Studenten und die Freisetzung von Arbeitskraft für die politische Arbeit. Dabei kommt uns entgegen, daß die Schülerbewegung jetzt die Universität erreicht.

Auf diese Weise werden die Studienanfänger in diesem Semester das antiautoritäre Problem der Arbeitsorganisation in freien Gruppen sehr viel leichter bewältigen, als die Studienkollektive der Germanisten und Psychologen, die im vorigen Semester Pionierarbeit leisteten.

Allerdings müßte dazu die Koordinierung der Studienkollektive und Projektgruppen an manchen Instituten noch verbessert werden. Während die Studienkollektive die autoritäre Struktur des Seminars und Übungen aufbrechen, ist es einigen Gruppen gelungen, gewisse Seminare durch überlegene Argumentation zu Beginn des Semesters in antikapitalistische Schulungskurse umzuwandeln. Das war vor allem in jenen Disziplinen zu erreichen, wo die inhaltliche Neu-Programmierung erst eben einsetzt, wo deshalb der Lehrkörper selbst noch unsicher ist und die Vermassung des Faches eine genaue Kontrolle innerhalb des Lehrbetriebes und des Ordinariats unmöglich macht. Einen Teil des Lehrkörpers hat das offenbar beunruhigt, aber man hat noch keine probate Gegenstrategie gefunden. Es gibt gar nicht so viele Assistenten, wie es arbeitende Kollektive gibt, die kontrolliert werden müßten, denn diese Assistenten haben durch die Bankrott-Serien der staatlichen Bildungspolitik, auch manches gelernt und sind ideologisch nicht mehr so ganz zuverlässig.

Aus dieser knappen Zusammenfassung der Basis-Aktivitäten und den vorausgegangenen Analysen der Hochschulsituation ergibt sich eine Reihe von Feststellungen:

1. Bedenkt man, daß am Ende der antiautoritären Etappe vor rund einem 3/4 Jahr noch keine einzige stabile Basisgruppe existierte, während zugleich die politischen Hochschulgruppen mit Ausnahme des aushaltenden RCDS schon zerfallen waren, so hat die Organisation der Studentenbewegung in Hamburg seither beträchtliche Fortschritte gemacht,

2. Die Erfahrungen des vergangenen und dieses Semesters haben gezeigt, daß es durchaus möglich ist, daß ordentliche Lehrprogramme im Interesse eines emanzipatorischen Gebrauchs der Wissenschaften, bzw. nach dem Erkenntnisinteresse einer sich antikapitalistisch entwickelnden Studentenbewegung zu verändern. Dies gilt besonders und ist besonders wichtig für die Fächer des Sozialisationsbereiches, eingeschlossen die Medizin.

3. Die immer klarer hervortretenden Widersprüche an der Universität, verschärft durch hanseatische Planungsbehörden, die sich gegen die bemierte Kurzsichtigkeit des hanseatischen Planungskapitals durchzusetzen versuchen, bedeutet eine große Chance für die Politisierung der Universität. Diese Chance kann optimal nur von einer Studentenbewegung genutzt werden, die sich immer mehr diszipliniert, und es lernt sich in qualitativer Arbeitsteilung zu organisieren.

4. Die perspektivlosen Manipulationen der Behörden im Hochschulbereich, haben auch einen Teil des Lehrkörpers politisiert, und für die Förderung der Studentenbewegung aufgeschlossen. Die Resolutionen der BAK zeigen, daß zwischen progressiven Assistenten und den Studenten taktische Bündnisse möglich und sinnvoll sind. Nachdem die antiautoritäre Mobilisierungsphase vorbei ist, und sich die Stud.bewegung

in ihren Ansätzen organisiert hat, besteht kein Grund mehr, in abstrakter Frontstellung gegen den Lehrkörper in toto zu verharren. Wo die Projektgruppen und Studienkollektive sich genügend konsolidiert haben, und Arbeitskräfte für eine Beteiligung an Selbstverwaltungsorganen freimachen können, werden sie Vertreter in die Instituts- und Abteilungsräte entsenden um dort im Bündnis mit progressiven Assistenten bestimmte Interessen der Studentenbewegung durchzusetzen. Sie können sich dabei einer Forderung anschließen, diese Gremien fünfteil-paritätisch zu besetzen: nämlich 1/5 Ordinarien, 1/5 Dozenten, 1/5 Assistenten, 2/5 Studenten.

5. Der Staatsapparat, als Agent des Kapitals, versucht, durch numerus clausus, Studienzeitverkürzungen, durch die Verschulung des Studiums und evtl durch seine Verlagerung auf Fachhochschulen die Widersprüche im Hochschulbereich mit rein administrativen Maßnahmen wieder unter Kontrolle zu bringen. Diese Kompressionsmaßnahmen können von den autonomen antikapitalistischen Bewegungen der Schüler, Lehrlinge und Studenten nur effektiv bekämpft werden, wenn diese sich koordinieren.

6. Eine antikapitalistische Studentenbewegung, wie sie sich selbst versteht, ist längerfristig auf ein Bündnis mit revolutionären Organisationen der Arbeiterklasse angewiesen und wird ein solches Bündnis suchen. Die marcusianische Intellektuellen-Ideologie, daß die Arbeiterklasse in den hochindustrialisierten Ländern des Westens zum Klassenbewußtsein nicht mehr fähig und daher als revolutionäres Subjekt nicht mehr sei, ist durch die Belebung der Klassenkämpfe in Westeuropa seit dem französischen Mai widerlegt worden. Die Hamburger Studentenbewegung hat bisher jedoch die Betriebsarbeit sträflich vernachlässigt.

Aus diesen Feststellungen ergeben sich folgende organisatorische Nahziele des ASTA und der antikapitalistischen Studentenbewegung in Hamburg:

1. Studienausschüsse, die arbeitsteilig die Politisierung des Grundstudiums organisieren, die Studienkollektive koordinieren, und Arbeitsgruppen für gezielte kollektive Prüfungsvorbereitung zur Ökonomisierung der Studienarbeit bilden, müssen an möglichst vielen Instituten gegründet werden. Bis zum Sommersemester 1970 müssen solche Studienausschüsse an möglichst allen Instituten des Sozialisationssektors eingerichtet werden, die ihre Erfahrung bei der Politisierung des Studiums regelmäßig austauschen. Noch in diesem Semester müssen die Studenten dieses Sektors ihren Einfluß auf das Lehrprogramm des kommenden Semesters geltend machen.

2. Im ASTA ist noch in diesem Semester ein Informationszentrum für alle universitären Studienkollektive und Projektgruppen einzurichten, das einen regelmäßigen Austausch der Informationen und Arbeitsergebnisse ermöglicht, und die Koordination thematisch benachbarter Arbeitsgruppen vermittelt.

3. Die antikapitalistischen Aktivitäten im Ausbildungsbereich sind zu koordinieren. Solange eine zusammenfassende sozialistische Organisation des Ausbildungssektors noch nicht einmal ansatzweise vorhanden ist, muß diese Koordinierung projektbezogen vorgenommen werden. Die voluntaristische Gründung einer Kaderorganisation hätte zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur spalterische Funktion. Projektzentren Technologie und Schule sind dagegen noch in diesem Semester einzurichten, die

1. für einen regelmäßigen Austausch der Information der Naturwissenschaften, der Ingenieur- und Seefahrtsschulen, bzw. von Schülern, Referendaren, Studenten der Pädagogik und der Gymnasialfächer sorgen,

2. Eine einheitliche Schulung für die jeweilige Gruppe organisieren,

3. darauf aufbauend eine gemeinsame Strategiedebatte und koordinierte Praxis dieser Bereiche in Gang bringen.

4. Die antikapitalistischen Studenten in Hamburg müssen mit der Betriebsarbeit schon in diesem Semester beginnen.